Iran, Europa und die Achse der Autokratien – Manuskript für einen 60-Minuten-Vortrag

*

Einleitung & aktuelles Lagebild Iran (ca. 7 Minuten)

Wir erleben im Iran keinen isolierten Protest, keinen spontanen Aufstand und kein singuläres Ereignis, das sich mit den bekannten Mustern früherer Krisen erklären ließe. Was sich seit Ende Dezember 2025 entfaltet, ist die sichtbare Zuspitzung eines langfristigen Strukturbruchs zwischen Staat und Gesellschaft. Ein Regime, das seine Legitimation verloren hat, versucht seine Macht durch Gewalt, Angst und Informationskontrolle zu konservieren – und scheitert zunehmend daran.

Seit dem 28. Dezember 2025 gehen im Iran täglich Menschen auf die Straße. Nicht nur in Teheran, sondern in nahezu allen Provinzen: von Mashhad bis Shiraz, von Isfahan bis Zahedan. Auslöser waren zunächst ökonomische Faktoren – der kollabierende Rial, explodierende Preise für Grundnahrungsmittel, ausbleibende Löhne. Doch sehr schnell wandelten sich soziale Proteste zu politischen Forderungen. Die Parolen auf den Straßen machen das deutlich: Es geht nicht um Reformen innerhalb des Systems, sondern um dessen Überwindung.

Diese Proteste unterscheiden sich in mehreren Punkten grundlegend von früheren Aufständen. Erstens ist ihre soziale Basis breiter denn je. Frauen, Studierende, Arbeiter, Rentner, ethnische und religiöse Minderheiten treten gemeinsam auf. Zweitens ist der Protest nicht auf urbane Zentren beschränkt, sondern erreicht bewusst auch kleinere Städte und wirtschaftlich marginalisierte Regionen. Drittens ist der Ton unmissverständlich: Forderungen nach dem Ende der Islamischen Republik, offene Angriffe auf Symbole des Regimes und die klare Benennung der Revolutionsgarden als Terrororganisation markieren eine neue Eskalationsstufe.

Die Antwort des Regimes folgt einem bekannten, aber zunehmend verzweifelten Muster. Sicherheitskräfte, Basij-Milizen und die Revolutionsgarden gehen mit massiver Gewalt vor. Verhaftungen erfolgen oft ohne Anklage, Todesurteile werden beschleunigt vollstreckt, um abschreckende Wirkung zu erzielen. Parallel dazu wird der digitale Raum systematisch kontrolliert. Seit Anfang Januar kam es zu flächendeckenden Internetabschaltungen, Drosselungen und gezielten Sperren sozialer Netzwerke.

Diese Maßnahmen dienen nicht nur der Unterbindung von Mobilisierung. Sie erfüllen eine zweite, oft unterschätzte Funktion: Sie verschleiern das Ausmaß der Repression. Opferzahlen, Verhaftungszahlen und die tatsächliche Reichweite der Proteste lassen sich nur noch in Spannweiten angeben. Genau diese Unschärfe ist Teil der Strategie. Informationsknappheit schützt Täter.

Gleichzeitig richtet sich die Gewalt nicht nur nach innen. Außenpolitische Eskalationen, aggressive Rhetorik gegenüber Israel und die Aktivierung von Stellvertreterorganisationen dienen dazu, nationale Geschlossenheit zu simulieren und den Protest als fremdgesteuert zu diskreditieren. Der bekannte Vorwurf lautet: äußere Feinde, westliche Geheimdienste, „zionistische“ Verschwörungen. Diese Narrative sind nicht neu – aber sie verlieren sichtbar an Wirkung.

Denn ein entscheidender Faktor hat sich verändert: die Generation. Ein Großteil der Protestierenden wurde nach 2000 geboren. Sie haben keine Erinnerung an die Revolution von 1979, keine Loyalität gegenüber ihren Symbolen und keine Geduld mehr für ideologische Rechtfertigungen. Für sie ist die Islamische Republik kein Schutzschild gegen Imperialismus, sondern ein Hindernis für ein normales Leben.

Hier zeigt sich ein zentraler Punkt dieses Vortrags: Die Krise des iranischen Regimes ist nicht nur politisch oder ökonomisch, sondern epistemisch. Es verliert die Fähigkeit, die Wirklichkeit zu erklären. Seine Narrative greifen nicht mehr. Und genau deshalb greift es immer brutaler zur Gewalt.

Warum ist das für Europa relevant? Weil der Iran kein isolierter Akteur ist. Er ist Teil einer autoritären Konstellation, die Energie, Desinformation und Gewalt systematisch miteinander verbindet. Die Proteste im Iran sind deshalb nicht nur ein inneriranisches Ereignis, sondern ein Gradmesser für die Stabilität einer gesamten Achse autoritärer Systeme.

Wenn wir verstehen wollen, was hier auf dem Spiel steht, müssen wir zurückgehen: zu den historischen Wurzeln dieses Regimes, zu den Fehleinschätzungen seiner Gegner – und zu den blinden Flecken im westlichen Diskurs.

Revolution 1979: Die iranische Linke, strategische Naivität und der lange Schatten bis heute (ca. 9 Minuten)

Um zu verstehen, warum sich die heutige Protestbewegung im Iran so klar gegen das gesamte System richtet – und warum sie zugleich so misstrauisch gegenüber vermeintlich „progressiven“ Bündnissen ist –, müssen wir auf die Revolution von 1979 zurückblicken. Nicht als Mythos, nicht als romantisierte Volkserhebung, sondern als politisches Lehrstück über Macht, Ideologie und strategische Blindheit.

Die Revolution als Bündnis – nicht als islamistisches Projekt

Die Revolution von 1979 war keine rein islamistische Revolution. Sie war ein breites Bündnis gegen das autoritäre System von Mohammad Reza Shah Pahlavi. In diesem Bündnis standen sehr unterschiedliche Akteure nebeneinander: religiöse Netzwerke um Ruhollah Khomeini, liberale Nationalisten, Teile der urbanen Mittelschicht – und vor allem linke Bewegungen.

Zu diesen linken Kräften gehörten die kommunistische Tudeh-Partei, die marxistisch-leninistischen Fedajin-e Khalq sowie die Mojahedin-e Khalq (MEK), die eine eigentümliche Mischung aus Islam, Sozialismus und Antiimperialismus vertraten. Diese Gruppen waren keineswegs marginal. Sie stellten Kader, Organisatoren, Streikführer. Sie lieferten Begriffe, Narrative und Bilder für den Protest.

Der ideologische Kitt dieses Bündnisses war nicht Demokratie, sondern Antiimperialismus. Der Schah galt als Marionette des Westens, insbesondere der USA – gespeist aus der realen Erfahrung des CIA- und MI6-gestützten Putsches von 1953 gegen Premierminister Mossadegh. Diese Erfahrung prägte das politische Denken ganzer Generationen.

Antiimperialismus als strategischer Kurzschluss

Hier liegt der zentrale Fehler, der bis heute nachwirkt: Für große Teile der iranischen Linken war der Kampf gegen den Westen wichtiger als der Aufbau belastbarer demokratischer Institutionen. Man ging davon aus, dass der Sturz des Schahs automatisch den Weg zu einer progressiven, gerechten Gesellschaft öffnen würde.

Khomeini wurde in diesem Denken als taktischer Bündnispartner betrachtet, nicht als ideologischer Gegner. Seine religiöse Agenda wurde unterschätzt oder bewusst ausgeblendet. Viele Linke glaubten, sie könnten den revolutionären Prozess nach dem Machtwechsel politisch gestalten. In Wahrheit verfügten die Kleriker über etwas Entscheidendes, das ihren Bündnispartnern fehlte: geschlossene Organisation, religiöse Legitimation und bewaffnete Strukturen.

Während linke Gruppen auf Räte, Parteien und Massenmobilisierung setzten, bauten die Khomeinisten systematisch Parallelstrukturen auf: Revolutionskomitees, Milizen, religiöse Gerichte. Der Antiimperialismus der Linken wurde zur Brücke, über die eine theokratische Machtordnung marschierte.

Machtkonsolidierung und Zerschlagung der Linken

Nach dem Sturz des Schahs folgte keine pluralistische Ordnung, sondern eine gezielte Machtkonsolidierung. Liberale Kräfte wurden früh marginalisiert, linke Gruppen schrittweise entwaffnet, gespalten und kriminalisiert.

Die Tudeh-Partei wurde 1983 verboten, ihre Führung verhaftet. Die Fedajin zerfielen unter Repression und internen Konflikten. Die MEK wurde zur Hauptzielscheibe des Regimes. Was als politischer Konflikt begann, endete in offener Gewalt.

Der grausame Höhepunkt dieser Entwicklung waren die Massenhinrichtungen des Jahres 1988. Tausende politische Gefangene – darunter zahlreiche Linke – wurden nach minutenlangen Scheinverfahren hingerichtet. Diese Hinrichtungen waren kein Exzess, sondern systematische Säuberung. Die Revolution fraß ihre eigenen Bündnispartner.

Dieses Trauma ist im Iran bis heute präsent. Es prägt das Misstrauen gegenüber ideologischen Großversprechen und erklärt, warum heutige Protestbewegungen extrem sensibel auf Vereinnahmung reagieren.

Der lange Schatten im westlichen Diskurs

Paradoxerweise lebt ausgerechnet im Westen eine verzerrte Erinnerung an 1979 fort. Teile der politischen Linken erinnern die Revolution bis heute primär als antiimperialistischen Akt – und blenden ihre autoritäre Konsequenz aus.

Das hat konkrete Folgen für den heutigen Diskurs. Das iranische Regime wird in bestimmten Milieus weiterhin als Gegengewicht zum Westen gelesen. Repression wird relativiert, sobald sie in ein geopolitisches Feindbildschema passt. Oppositionelle werden als „vom Ausland gesteuert“ diskreditiert – exakt das Narrativ des Regimes.

Diese Denkmuster sind keine Randerscheinung. Sie strukturieren Debatten über Sanktionen, über Israel, über digitale Zensur und über Energiepolitik. Damit wirken die Fehleinschätzungen von 1979 bis in die Gegenwart hinein.

Prognose und Bestätigung

Bereits Anfang der 2020er Jahre habe ich darauf hingewiesen, dass das iranische System nicht an Reformfähigkeit leidet, sondern an struktureller Erstarrung. Ein Regime, das sich nur noch über

Repression, Parallelapparate und ideologische Loyalität stabilisiert, verliert langfristig jede Anpassungsfähigkeit.

Die heutige Protestbewegung bestätigt diese Diagnose. Sie ist breiter, entschlossener und weniger ideologisch als frühere Wellen. Sie richtet sich nicht gegen einzelne Gesetze, sondern gegen die Legitimität des gesamten Systems.

Und sie zieht ihre Lehren aus 1979: keine falschen Bündnisse, kein ideologischer Romantizismus, kein Vertrauen in vermeintlich wohlmeinende Machtakteure.

Damit stellt sich die nächste Frage zwangsläufig: Wenn Reform ausgeschlossen ist, warum hält sich das Regime dennoch so lange? Die Antwort liegt in seiner inneren Struktur – und genau dort setzen wir im nächsten Abschnitt an.

Warum das Regime strukturell nicht reformierbar ist (ca. 10 Minuten)

Nachdem wir die historische Genese der Islamischen Republik und das strategische Scheitern ihrer frühen Bündnispartner betrachtet haben, stellt sich zwangsläufig eine Frage: Warum hält sich dieses Regime trotz massiver gesellschaftlicher Ablehnung, ökonomischer Krise und internationaler Isolation bis heute an der Macht?

Die kurze Antwort lautet: nicht wegen seiner Legitimität, sondern wegen seiner Struktur. Die Islamische Republik ist kein normaler autoritärer Staat, der sich durch graduelle Reformen transformieren ließe. Sie ist ein bewusst geschaffenes System der Machtfragmentierung, das Reform systematisch verhindert.

Zentral für dieses System ist die parallele Architektur von Staat und Revolution. Neben formalen Institutionen – Parlament, Regierung, Justiz – existiert ein Geflecht ideologischer Machtzentren, die diesen Institutionen jederzeit übergeordnet sind. Der Wächterrat kontrolliert Wahlen, der Expertenrat legitimiert den Obersten Führer, religiöse Stiftungen entziehen sich parlamentarischer Kontrolle. Entscheidender noch ist das Korps der Islamischen Revolutionsgarden, das nicht nur militärische, sondern wirtschaftliche, politische und mediale Macht bündelt.

Diese Struktur ist kein Unfall, sondern Absicht. Sie sorgt dafür, dass Macht niemals vollständig in reformorientierte Hände gelangt. Selbst sogenannte Reformpräsidenten operierten stets innerhalb enger roter Linien. Wer diese überschritt, wurde blockiert, entmachtet oder – wie im Fall der Grünen Bewegung 2009 – brutal niedergeworfen.

Reformversuche erfüllten dabei eine paradoxe Funktion: Sie stabilisierten das System, indem sie gesellschaftliche Spannungen temporär absorbierten, ohne reale Machtverhältnisse zu verändern. Reform wurde zur Simulation von Wandel. Jede Hoffnung auf Öffnung verlängerte letztlich die Lebensdauer des Regimes.

Ein weiterer zentraler Faktor ist die Gewaltökonomie des Systems. Repression ist nicht nur ein Mittel der Machtsicherung, sondern ein ökonomischer Faktor. Sicherheitsapparate, Milizen und paramilitärische Strukturen profitieren direkt von Instabilität, Sanktionen und Abschottung. Die Revolutionsgarden haben sich zu einem staatsimmanenten Konzern entwickelt – mit Interessen an Schmuggel,

Bauprojekten, Energie, Telekommunikation und Rüstung. Frieden, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit würden diese Geschäftsmodelle gefährden.

Hinzu kommt die ideologische Dimension. Die Islamische Republik definiert sich nicht primär über Leistungsfähigkeit, sondern über Feindbilder. Der Westen, Israel, innere "Konterrevolutionäre" – sie bilden die narrative Grundlage der Herrschaft. Reform würde dieses ideologische Fundament untergraben. Ein System, das seine Legitimität aus permanentem Konflikt zieht, kann keinen echten Frieden mit seiner eigenen Gesellschaft schließen.

Diese Faktoren erklären, warum Reformen nicht scheiterten, weil sie schlecht umgesetzt wurden, sondern weil sie systemisch ausgeschlossen sind. Das Regime kann sich nur zwischen Repression und Kollaps bewegen – nicht zwischen Reform und Stabilität.

Für die aktuelle Protestbewegung ist diese Erkenntnis zentral. Sie erklärt, warum die Forderungen heute nicht mehr auf Gesetzesänderungen oder personelle Wechsel zielen, sondern auf einen Systembruch. Sie erklärt auch die tiefe Skepsis gegenüber Vermittlungsangeboten, Dialogformaten oder westlichen Appellen zur Mäßigung.

Und sie erklärt, warum das Regime auf die gegenwärtigen Proteste nicht mit Konzessionen, sondern mit Eskalation reagiert. Ein System, das nicht reformierbar ist, kennt nur eine Antwort auf existenzielle Bedrohung: Gewalt.

Damit sind wir bei der nächsten Frage: Wenn Reform ausgeschlossen ist und das System dennoch überlebt – welche Alternativen werden innerhalb der iranischen Gesellschaft überhaupt als realistisch betrachtet? Und warum rückt ausgerechnet die Idee einer konstitutionellen Monarchie wieder in den Mittelpunkt der Debatte?

Konstitutionelle Monarchie als Übergangslogik: Ordnung vor Ideologie (ca. 8 Minuten)

Wenn heute in westlichen Medien oder politischen Debatten davon die Rede ist, dass Teile der iranischen Protestbewegung eine Rückkehr zur Monarchie oder die Rolle des Kronprinzen Reza Pahlavi diskutieren, wird dies häufig reflexhaft als "Monarchie-Romantik" oder als politischer Rückfall abgetan. Diese Einordnung verkennt sowohl die Realität im Iran als auch die politische Logik hinter dieser Forderung.

Die Debatte um eine konstitutionelle Monarchie ist im Iran keine nostalgische Sehnsucht nach der Vergangenheit, sondern Ausdruck eines tiefen Misstrauens gegenüber ideologischen Heilsversprechen. Sie ist eine Reaktion auf die historische Erfahrung von 1979: Damals führte ein ideologisch aufgeladener Umsturz nicht zu Freiheit, sondern zu einer noch repressiveren Ordnung.

Viele Iranerinnen und Iraner – insbesondere jüngere Aktivistinnen und Aktivisten – suchen deshalb heute nicht nach der „besten Ideologie“, sondern nach einem stabilen Übergangsrahmen. Die konstitutionelle Monarchie wird dabei nicht als Selbstzweck verstanden, sondern als institutionelle Brücke: als temporärer Ordnungsanker, der den Übergang von einem kollabierenden autoritären System zu einer pluralistischen Republik absichern kann.

Entscheidend ist hierbei die Trennung von Symbol und Macht. In den diskutierten Modellen besitzt der Monarch keine exekutive Gewalt. Seine Rolle wäre strikt begrenzt: Garantie der Verfassung, Schutz der

Gewaltenteilung, Repräsentation nationaler Einheit. Politische Entscheidungen lägen bei einem demokratisch gewählten Parlament und einer verantwortlichen Regierung.

Diese Logik ist historisch erprobt. Europäische Demokratien wie Spanien nach Franco oder auch das Vereinigte Königreich zeigen, dass eine konstitutionelle Monarchie kein Widerspruch zu demokratischer Freiheit ist – im Gegenteil: Sie kann in Übergangsphasen stabilisierend wirken, indem sie politische Machtkämpfe entideologisiert.

Im iranischen Kontext kommt ein weiterer Faktor hinzu: Reza Pahlavi verfügt über internationale Sichtbarkeit, Netzwerke und eine gewisse Schutzfunktion für die Protestbewegung. Seine Rolle besteht weniger darin, politische Programme vorzugeben, sondern darin, als Projektionsfläche zu dienen, die dem Regime die Möglichkeit nimmt, die Bewegung als führungslos oder extremistisch zu diskreditieren.

Wichtig ist dabei die Klarstellung: Die Forderung nach einer konstitutionellen Monarchie ist kein Angriff auf republikanische Ideale. Sie ist ein pragmatischer Versuch, nach Jahrzehnten von Gewalt, Ideologie und Repression einen geordneten Übergang zu ermöglichen.

Gerade aus europäischer Perspektive sollte diese Debatte ernst genommen werden. Wer Demokratie fördern will, muss akzeptieren, dass Übergänge nicht nach westlichen Wunschbildern verlaufen. Stabilität ist keine Gegenspielerin von Freiheit – sie ist ihre Voraussetzung.

Diese Übergangslogik erklärt auch, warum die Protestbewegung heute so vorsichtig gegenüber externen Einflüssen ist. Sie will keine neue Ideologie importieren, sondern Raum schaffen, damit die iranische Gesellschaft selbst entscheiden kann.

Damit wird klar: Die Frage ist nicht Monarchie oder Republik. Die Frage ist Ordnung oder Chaos. Und genau diese Erfahrung verbindet den Iran mit Europa – und führt uns zum nächsten Abschnitt: dem Informationskrieg, der diese Übergänge gezielt zu verhindern versucht.

Informationskrieg, Zensur und westliche Komplizenschaft (ca. 12–15 Minuten)

Der Informationskrieg des iranischen Regimes ist kein Begleitphänomen der Repression, sondern eines seiner zentralen Machtinstrumente. Er richtet sich nicht nur gegen die eigene Bevölkerung, sondern gezielt gegen offene Gesellschaften im Westen – und gegen deren Fähigkeit, autoritäre Gewalt als solche klar zu erkennen, zu benennen und politisch zu beantworten.

Das Ziel dieser Propagandastrategie ist dabei weniger Überzeugung als Vernebelung. Wie in der Analyse *„The Iranian Regime's Propaganda Campaign: An Overview"* detailliert beschrieben, geht es dem Regime darum, Diskurse zu fragmentieren, moralische Kategorien zu verwischen und Handlungsfähigkeit zu untergraben. Zweifel sollen gesät, Verantwortlichkeiten aufgelöst und klare Täter-Opfer-Zuordnungen unmöglich gemacht werden.

Zensur als Herrschaftstechnik – innen wie außen

Im Inneren setzt das Regime auf eine Kombination aus klassischer Repression und digitaler Kontrolle. Internetabschaltungen, Bandbreitendrosselungen, gezielte Sperren sozialer Netzwerke und Überwachungstechnologien gehören längst zur Standardrepertoire staatlicher Gewalt. Kommunikation

wird nicht nur eingeschränkt, sondern bewusst destabilisiert: Gerüchte, Desinformation und Angst sollen die Protestbewegung zersetzen.

Doch dieser Informationskrieg endet nicht an den Grenzen Irans. Er wird systematisch nach außen verlängert – in Medienauftritte, akademische Diskurse, NGO-Netzwerke und politische Debatten westlicher Demokratien. Ziel ist es, Deutungshoheit zu gewinnen oder zumindest moralische Eindeutigkeit zu verhindern.

Der Fall Tabatabai: Legitimation von Zensur im westlichen Diskurs

Ein besonders aufschlussreiches Beispiel hierfür ist der Fall Adnan Tabatabai. Das Blog *Übermedien* dokumentierte 2022, wie Tabatabai bereits 2017 in einem CNN-Interview die Internetzensur des iranischen Regimes relativierte. Während im Iran soziale Netzwerke blockiert wurden, um Proteste zu unterdrücken, sprach er von angeblich „temporären Maßnahmen“ und warnte vor „Fake News“ und „gefährlichen Inhalten“.

In einem Land, das von *Reporter ohne Grenzen* als „Feind des Internets“ eingestuft wird, ist eine solche Argumentation keine neutrale Analyse, sondern eine funktionale Rechtfertigung autoritärer Kontrolle. Besonders problematisch ist dabei nicht nur der Inhalt, sondern die rhetorische Struktur: Die gleichen Argumentationsmuster – Schutz vor Desinformation, Verantwortung, Sicherheit – finden sich auch in westlichen Debatten über Netzregulierung wieder.

Hier zeigt sich eine gefährliche Überlappung: Autoritäre Zensur wird mit dem Vokabular liberaler Ordnungspolitik legitimiert. Das Ergebnis ist eine diskursive Normalisierung von Kontrolle.

Selektive Empörung und westliche Resonanzräume

Besonders wirksam wird diese Strategie dort, wo sie auf bestehende Deutungsmuster trifft. Teile der politischen Linken im Westen fungieren hier als unbeabsichtigter Resonanzraum. Nicht aus Sympathie für das Regime, sondern aufgrund tief verankerter Weltbilder: Anti-Amerikanismus, binäre Täter-Opfer-Logik und die Vorstellung, dass nichtwestliche Akteure per se als Opfer westlicher Machtstrukturen zu lesen seien.

In diesem Rahmen werden Menschenrechte nicht als universell, sondern als kontextabhängig behandelt. Repression wird relativiert, sobald sie geopolitisch „falsch verortet“ ist. Dieses Phänomen des selektiven Humanitarismus ist kein Randproblem, sondern ein strukturelles moralisches Defizit.

Die Konsequenzen sind konkret: Die iranische Protestbewegung verliert internationale Solidarität. Exil-Iranerinnen und -Iraner werden diskreditiert, indem man sie pauschal als Sprachrohre westlicher Interessen diffamiert. Der Diskurs verschiebt sich weg von Täterverantwortung hin zu vermeintlicher Kontextualisierung – faktisch eine Entlastung des Regimes.

Gegenpunkt: Piratenpartei International und universelle digitale Rechte

Genau an diesem Punkt setzt die Positionierung der Pirate Parties International an. Mit der 2026 verabschiedeten Motion *„Solidarity with the Iranian Freedom Movement and Against Selective Censorship in Digital Rights Advocacy“* wurde ein klarer Gegenakzent gesetzt.

Die PPI verurteilt darin nicht nur die systematische digitale Repression des iranischen Regimes, sondern auch westliche Formen selektiver Zensur – etwa durch sogenannte „Trusted Flagging“-Mechanismen im

Rahmen des Digital Services Act. Die Botschaft ist eindeutig: Wer digitale Freiheit verteidigen will, kann nicht zwischen guten und schlechten Opfern unterscheiden.

Zensur bleibt Zensur – unabhängig davon, ob sie religiös, autoritär oder technokratisch begründet wird. Wer im Iran Internetabschaltungen beklagt, darf im Westen nicht gleichzeitig diskursive Gatekeeper verteidigen.

Neutralität ist keine neutrale Position

Neutralität in asymmetrischen Gewaltverhältnissen ist keine neutrale Haltung. Wer angesichts systematischer Repression primär über „Kontexte“ spricht, aber Täter nicht klar benennt, übernimmt faktisch die Sprache der Macht.

Der Informationskrieg des iranischen Regimes funktioniert genau deshalb so gut, weil er auf diese moralische Unschärfe setzt. Er braucht keine Mehrheit – ihm reicht Zweifel.

Und genau deshalb ist Klarheit hier keine Option, sondern eine Pflicht.

Wer die Sprache der Autokraten übernimmt, stabilisiert ihre Macht – und wer ihre Machtstrukturen ignoriert, wird Teil ihres Systems.

Genau an diesem Punkt endet der Blick auf Zensur, Narrative und Diskurs. Denn autoritäre Systeme existieren nicht isoliert. Sie vernetzen sich, sie lernen voneinander, und sie koppeln Repression nach innen mit strategischer Erpressung nach außen. Damit sind wir bei der größeren geopolitischen Struktur, in der das iranische Regime agiert.

Die Achse der Autokratien: Iran, Russland, China und Energie als Machtinstrument (ca. 7 Minuten)

Der Iran ist kein isolierter Schurkenstaat, sondern ein integraler Bestandteil einer sich verfestigenden autoritären Achse. Russland, Iran und China bilden kein formales Bündnis, wohl aber eine funktionale Zweckgemeinschaft. Sie eint kein gemeinsames Wertesystem, sondern ein gemeinsames Interesse: die Schwächung liberaler Demokratien, die Fragmentierung westlicher Bündnisse und die Umwandlung ökonomischer Abhängigkeiten in politische Hebel.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert in dieser Konstellation einen qualitativen Wendepunkt. Iranische Drohnenlieferungen an Russland, militärtechnologische Kooperation und diplomatische Rückendeckung zeigen, dass Teheran längst bereit ist, seine regionale Rolle zugunsten globaler Machtprojektion auszuweiten. Für Russland wiederum ist der Iran ein nützlicher Partner, um Sanktionen zu umgehen, Waffen zu beschaffen und antiwestliche Narrative zu verstärken.

China nimmt in dieser Achse eine besondere Rolle ein. Peking ist weder ideologisch islamistisch noch religiös motiviert. China agiert strikt machtpolitisch. Für die chinesische Führung ist der Iran ein strategischer Faktor innerhalb der Belt-and-Road-Initiative: als Transitstaat, als Energielieferant und als geopolitischer Hebel gegen westlichen Einfluss im Nahen Osten. Diese Beziehung ist asymmetrisch. China ist der dominante Akteur, der Iran ein Juniorpartner mit begrenztem Handlungsspielraum.

Zentral ist dabei der Faktor Energie. Iran verfügt – nach Russland – über die zweitgrößten Erdgasreserven der Welt. Diese Ressource ist nicht nur wirtschaftlich relevant, sondern politisch

hochgradig strategisch. Im iranischen System wird das Erdgasgeschäft maßgeblich von den Revolutionsgarden kontrolliert. Energieerlöse fließen somit nicht primär in zivile Entwicklung, sondern in Repression, regionale Stellvertreterkriege und den Ausbau des Sicherheitsapparates.

Gemeinsam mit Russland und Katar entsteht so ein geopolitisches Dreieck der Energieerpressung. Staaten, die sich auf fossile Importe aus autoritären Systemen verlassen, begeben sich in strukturelle Abhängigkeit. Diese Abhängigkeit wird nicht immer offen ausgespielt – aber sie ist jederzeit abrufbar. Preisschocks, Lieferdrosselungen oder politische Konditionierung sind keine theoretischen Risiken, sondern erprobte Instrumente.

Für Europa bedeutet das: Energiepolitik ist Sicherheitspolitik. Wer diesen Zusammenhang ignoriert, macht sich erpressbar. Wer glaubt, man könne Autokratien durch Handel zivilisieren, verkennt die Lektionen der letzten zwanzig Jahre. Die Achse der Autokratien lebt nicht von Isolation, sondern von asymmetrischer Verflechtung.

Damit wird klar: Die Auseinandersetzung mit dem Iran ist keine regionale Frage und keine moralische Fußnote. Sie ist Teil einer systemischen Herausforderung für Europa – und sie zwingt uns, über unsere eigene Handlungsfähigkeit zu sprechen.

Europäische nukleare Grundsicherung: Freiheit braucht Struktur (ca. 10–12 Minuten)

Wenn wir bis hierhin eines gelernt haben, dann dies: Autoritäre Systeme sichern ihre Macht nicht nur mit Gewalt und Propaganda, sondern mit Abhängigkeiten. Abhängigkeiten von Energie, von Rohstoffen, von Handelswegen – und von der Bereitschaft demokratischer Gesellschaften, diese Abhängigkeiten aus Bequemlichkeit oder ideologischer Selbstberuhigung zu akzeptieren.

Der Iran ist dafür ein Lehrbuchbeispiel. Das Regime ist nicht nur ein repressiver Sicherheitsstaat, sondern ein Energieakteur mit geopolitischem Hebel. Der Iran verfügt über die zweitgrößten Erdgasreserven der Welt. Entscheidend ist dabei nicht allein die Ressource, sondern wer sie kontrolliert. Und im Iran liegt das Erdgasgeschäft in zentralen Teilen in den Händen der Revolutionsgarden. Energie, Repression und Außenpolitik sind dort keine getrennten Sphären – sie bilden ein integriertes Machtinstrument.

Dieses Muster beschränkt sich nicht auf den Iran. Russland hat über Jahre hinweg europäische Abhängigkeiten aufgebaut und sie anschließend offen zur politischen Erpressung genutzt. Katar agiert subtiler, aber ebenfalls strategisch – über langfristige Lieferverträge, politische Einflusskanäle und die gezielte Nutzung von Engpässen. Das verbindende Muster lautet: Energieabhängigkeit erzeugt politische Erpressbarkeit.

Genau an diesem Punkt wird die europäische Dimension sichtbar. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine sprach Bundeskanzler Scholz von einer Zeitenwende. Gemeint war eine sicherheitspolitische Zäsur: Aufrüstung, Resilienz, strategische Autonomie. Doch diese Zeitenwende droht an einer Stelle zu scheitern, über die zu selten offen gesprochen wird – an der Energiepolitik.

Was nützt militärische Abschreckung, wenn die industrielle Basis erodiert? Was nützt sicherheitspolitische Entschlossenheit, wenn explodierende Energiepreise Verteidigungsfähigkeit, Digitalisierung und industrielle Resilienz untergraben? Hier liegt der Kern der Diagnose: Die Energiewende darf nicht die Zeitenwende fressen.

Wenn von einer europäischen nuklearen Grundsicherung die Rede ist, geht es ausdrücklich nicht um nukleare Bewaffnung und nicht um einen Ersatz bestehender Abschreckungsarchitekturen. Gemeint ist eine gemeinsame, paneuropäische zivile Energieinfrastruktur, die verlässliche, planbare und hochverfügbare Grundlast bereitstellt. Ihre sicherheitspolitische Relevanz liegt nicht in Waffen, sondern in Handlungsfähigkeit.

Eine solche Grundsicherung stabilisiert Energiepreise, schützt industrielle Substanz und schafft Planungssicherheit für Wirtschaft, Digitalisierung und Verteidigungsfähigkeit. Sie entlastet zugleich Frankreich und das Vereinigte Königreich, die heute einen überproportionalen Anteil nuklearer Infrastruktur tragen. Eine europäische Lastenteilung stärkt Autonomie und Bündnisfähigkeit gleichermaßen.

Genau an diesem Punkt greifen zivile nukleare Energie und militärische Sicherheit ineinander. Ohne stabile Energieversorgung gibt es keine belastbare Rüstungsindustrie, keine digitale Souveränität und keine glaubwürdige Abschreckung. Wer Energiepolitik und Sicherheitspolitik getrennt denkt, betreibt strategische Selbsttäuschung.

Der Iran macht deutlich, was passiert, wenn Energie als Machtinstrument in den Händen autoritärer Akteure liegt. Wer in Europa bereit ist, diese Realität zu relativieren – aus falschem Antiimperialismus oder politischer Bequemlichkeit – arbeitet faktisch an der Stabilisierung genau jener Systeme, die Freiheit untergraben.

Merksatz für die Bühne: Europäische Freiheit braucht Energie-Autonomie – und Energie-Autonomie braucht eine gemeinsame nukleare Grundsicherung.

Verantwortung übernehmen – was der Iran Europa über Freiheit lehrt

Der Iran zeigt uns mit brutaler Klarheit, was geschieht, wenn autoritäre Systeme ihre Legitimation verlieren: Sie reagieren nicht mit Reform, sondern mit Gewalt. Nicht mit Dialog, sondern mit Zensur. Nicht mit Selbstkritik, sondern mit äußerer Aggression. Repression nach innen und Eskalation nach außen sind keine Ausrutscher – sie sind das logische Endstadium eines Systems, das sich nur noch durch Kontrolle erhält.

Für Europa ist das keine ferne Tragödie, sondern ein Spiegel. Denn auch wir stehen vor der Frage, ob wir Freiheit nur rhetorisch verteidigen – oder strukturell absichern. Freiheit ist kein moralischer Zustand, den man beschwört. Freiheit ist eine Frage von Handlungsfähigkeit, von Resilienz, von realen politischen und ökonomischen Voraussetzungen.

Der Iran macht sichtbar, was passiert, wenn Energieabhängigkeit, Informationskontrolle und geopolitische Erpressung zusammenspielen. Wer sich erpressbar macht, verliert politische Souveränität. Wer Diskurse vernebelt, verliert Urteilskraft. Wer glaubt, man könne Menschenrechte verteidigen und zugleich strukturelle Abhängigkeiten ignorieren, verkennt die Realität des 21. Jahrhunderts.

Deshalb gilt für Europa: Die Energiewende darf nicht die Zeitenwende fressen. Ohne gesicherte Energie gibt es keine gesicherte Freiheit. Ohne industrielle Substanz keine Verteidigungsfähigkeit. Und ohne strategische Autonomie keine glaubwürdige Solidarität – weder mit der Ukraine noch mit den Menschen im Iran.

Eine gemeinsame europäische nukleare Grundsicherung ist kein Ideologieprojekt. Sie ist Ausdruck politischer Reife. Sie entlastet Frankreich und das Vereinigte Königreich, stabilisiert Energiepreise, schützt industrielle Kerne und schafft die Grundlage dafür, dass Europa nicht zwischen Klimazielen, Sicherheit und Freiheit zerrieben wird.

Als Piraten sagen wir klar: Freiheit ist universell oder sie ist nichts. Wir stellen uns gegen Autokratien – nicht selektiv, sondern konsequent. National wie international kämpfen wir für digitale Freiheit, gegen Zensur, gegen autoritäre Einflussnahme und gegen energiepolitische Naivität.

Der Iran erinnert uns daran, dass Freiheit verteidigt werden muss, bevor sie verloren geht. Europa hat die Mittel dazu. Was fehlt, ist nicht Wissen – sondern der Wille, Verantwortung zu übernehmen.